



# Zwei Jahre linke Opposition in der Bremischen Bürgerschaft

In Menschen investieren, nicht in Beton!

**DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft



Von oben nach unten: Jost Beilken (l.), Klaus-Rainer Rupp (r.), Walter Müller (l.), Inga Nitz (r.), Peter Erlanson (l.), Sirvan Latifah Çakici (r.), Monique Troedel

# Inhaltsverzeichnis

DIE LINKE – was kann Opposition? .....	2
Fehlanzeige: Arbeitsmarktpolitik .....	6
Krokodilstränen statt Armutsbekämpfung .....	9
Sozialticket – so nicht! .....	11
Kinder- und Jugendpolitik auf Sparflamme .....	12
Innenpolitik: Zu viel Geld für Kontrolle, zu wenig für Personal .....	14
Bremens Krankenhäuser – Desolat statt zukunftsorientiert .....	15
Integrationspolitik mit halber Kraft .....	16
Keinen Meter für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus! .....	18
Kosmetischer Umwelt- und Klimaschutz .....	20
Konversion: Bremen immer noch Rüstungsstandort .....	22
Gleichstellung: Wer nicht zu Wort kommt, wird entmündigt. ....	23
Kulturpolitik: Vielfalt verteidigen, Arbeit fair bezahlen! .....	24
Medienpolitik .....	26
Bildung und Schulen: Bremen siebt aus .....	28
Sanierungspfad, Schuldenbremse und die Bremer Unabhängigkeit .....	30
Unter Krisendruck: Bremens Häfen und Bremerhaven .....	33
Ausblick .....	39

# DIE LINKE – was kann Opposition?

DIE LINKE regiert nicht in Bremen. Aber sie kann Druck machen für ihre Inhalte. Sie kann die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Armen und sozial Benachteiligten vertreten und einfordern. Sie kann skandalisieren und Handlungsbedarf deutlich machen. Da sie keine Mehrheiten für ihre Gesetzesentwürfe hat, ist DIE LINKE darauf angewiesen, Öffentlichkeit herzustellen und den außerparlamentarischen Druck von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Betroffenen zu unterstützen und ins Parlament zu tragen.

Von Anfang an war klar, dass ein grundsätzlicher Politikwechsel in Bremen notwendig ist, um wirklich etwas gegen Armut, Arbeitslosigkeit und die soziale Spaltung der Städte zu bewegen.

Die LINKE handelt in Bremen, während von den anderen Oppositionsparteien wenig zu hören ist. Die CDU hat das Ende der Großen Koalition immer noch nicht verwunden und würde deren Politik sofort wieder aufnehmen. Es werde immer noch nicht hart genug bei den Sozialausgaben gespart, ist ihre wesentliche Botschaft. An konkreten Vorschlägen hat sie wenig beizutragen.

Die FDP geht vorzugsweise mit einer Streichliste durch Bremen. Auf der notiert sie, was immer noch nicht verkauft wurde und deshalb endlich verschleudert werden müsste. Die Privatisierung von GEWOBA, BREPARK, Häfen und öffentlichen Kliniken wäre nach Meinung der Liberalen die Lösung für alle Bremer Probleme.



## Wie arbeitet DIE LINKE im Parlament?

Deshalb ist DIE LINKE längst die wahre Oppositionsführung geworden. In den ersten zwei Jahren hat sie mit verschiedenen politischen Instrumenten gearbeitet:

**Anfragen**, um Missstände und Ungerechtigkeiten ans Licht zu bringen, zum Beispiel

- die widerrechtliche Sanktionspraxis beim Arbeitslosengeld II
- das Ausmaß der Kinderarmut
- die Verbreitung untertariflicher Bezahlung im Schulbereich

**Anträge**, um konkrete Vorschläge zu machen und die Regierungskoalition unter Druck zu setzen, zum Beispiel:

- für die Einführung des Sozialtickets
- Änderungsanträge zum Haushalt, gegen Sozialkürzungen und für einen Einstieg in Armutsbekämpfung, Chancengleichheit und Stärkung des sozialen Zusammenhalts
- gegen die »Schuldenbremse« im Grundgesetz
- für Begrenzung der Leiharbeit
- gegen die Einführung des Einbürgerungstests für Zuwanderer

**Gesetzesentwürfe**. Diese relativ aufwändige Form ist sinnvoll, um im Detail zu zeigen, dass ein in sich geschlossenes Gegenmodell möglich und praktikabel wäre:

- eigener Gesetzentwurf der LINKEN zum neuen Schulgesetz

**Öffentliche Veranstaltungen**, um gemeinsam mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Initiativen und Betroffenen Forderungen und Gegenkonzepte zu entwickeln und öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen:

- die öffentlichen Anhörungen zum Haushalt im Frühjahr 2008
- die Armutskonferenz »Arbeit Macht Reichtum« im Juni 2008
- die Migrationskonferenz »Hier sind wir zuhause« im Juli 2008
- die Gesundheitskonferenz »Versorgungsqualität sichern statt Stellenabbau« im Oktober 2008
- die Arbeitsmarktkonferenz »Kämpfen in der Krise – Gemeinsam für das Recht auf Arbeit« im April 2009
- Einzelveranstaltungen zu konkreten Themen wie zum Beispiel Zwangsprostitution und Menschenhandel, Armutsbekämpfung, Finanzkrise

Direkte **Zusammenarbeit** mit Beschäftigten, Betroffenen, Organisationen und Institutionen, um parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten und Forderungen abzustimmen und zu verbinden, zum Beispiel mit Betroffenen, BetriebsrätInnen und QuartiersmanagerInnen für armutsfeste öffentliche Beschäftigung.

- mit DozentInnen für angemessene Bezahlung in der Weiterbildung
- mit Initiativen und Vereinen gegen Kürzungen und für längerfristige, zuverlässige Finanzierung ihrer Arbeit

Teilnahme an **Protest und Bewegung**, zum Beispiel

- den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm
- den Demonstrationen und Kundgebungen beim SchülerInnen- und Bildungsstreik
- den Streik- und Protestaktionen im Einzelhandel
- den Streikversammlungen und Tarifikämpfen im öffentlichen Dienst, an den KiTas, bei InBev
- den Anti-Nazi-Demos zum »Ladenschluss« und anderen Anlässen beim Ein-Euro-JobberInnen-Tag

Eine wichtige Rolle für die Linksfraktion spielen die **offenen Abgeordnetenbüros** in den Stadtteilen, von denen es bislang drei gibt:

- in der Alten Hafestraße 39 in Vegesack
- in der Gröpelinger Heerstraße 120 in Gröpelingen
- im Buntentorsteinweg 109 in der Neustadt

Hier finden Abgeordneten-Sprechstunden und thematische Diskussionsveranstaltungen statt. Sie bieten Initiativen, Betroffenen und BürgerInnen eine Anlaufstelle.

Schließlich leistet die Linksfraktion **Öffentlichkeitsarbeit**, um politische Zusammenhänge und Alternativen allgemein bekannt und nachvollziehbar zu machen, zum Beispiel mit

- Broschüren zum Haushalt, zur Armutssituation, zur Bildungspolitik
- Faltblättern zur Situation an den Kliniken, zur Arbeitsmarktpolitik, zum Schulgesetz
- aktuellen Berichten aus der Bürgerschaft auf der Website der Fraktion
- dem Fraktions-Newsletter
- täglichen Pressemitteilungen zu allen Arbeitsfeldern

## Ergebnisse und Erfolge

Was ist dabei herausgekommen? Da DIE LINKE nichts allein, sondern immer nur mit anderen Akteuren zusammen durchsetzen kann, lässt sich das Ergebnis schwer messen. Bei etwa einem Drittel der Anträge, die von der LINKEN gestellt wurden, konnten wir Erfolge erzielen – meist erst nach geraumer Zeit und meist mit vielen Einschränkungen. Aber es ist ein Hinweis, dass DIE LINKE hier mit Nachdruck Forderungen eingebracht und sich dafür stark gemacht hat:

- Eine Reihe von Kürzungen für Vereine und Beratungsstellen, bei Frauenprojekten und in der offenen Behindertenhilfe, sowie bei den Mitteln für Stadtteilprojekte (soziale Stadt/WiN), wurden zurückgenommen.
- Die Monatslöhne in den öffentlichen Beschäftigungsprogrammen werden um 70–200 Euro brutto erhöht.
- Die Mietobergrenzen für Hartz-IV-EmpfängerInnen wurden angehoben, die Zwangsumzüge gestoppt.
- Die Mittel für stadtteilbezogene Jugendarbeit werden ab 2010 erhöht.
- Die Honorarsätze für die DozentInnen in der Weiterbildung werden ab 2010 angehoben.
- Die von der LINKEN vorgeschlagene Erhöhung der Zuschüsse an die Verbraucherzentrale für vermehrte Beratung im Zuge der Finanzkrise ist inzwischen realisiert worden.
- Die Förderung der freien Kulturszene aus Mitteln der Stiftung Wohnliche Stadt, auf deren Absinken die LINKE hingewiesen hatte, ist wieder angehoben worden.
- Das Freibad Blumenthal konnte erneut vor der Schließung bewahrt werden und wird nun grundlegend saniert.
- Die Schule an der Vegesacker Straße wird endlich renoviert.
- Die von der Linksfraktion beantragte Erhöhung der Anzahl der MitarbeiterInnen beim Jugendamt hat der Senat inzwischen ebenso umgesetzt, wie die beantragte Personalaufstockung beim Stadtamt.
- Die Forderung der LINKEN nach einem »Masterplan Armutsbekämpfung« wurde von der Koalition zwar abgelehnt. Der Armutsbericht des Senats wird nun aber so gestaltet, dass er auch Maßnahmenpläne enthält.
- Beim Nichtraucherschutzgesetz war es DIE LINKE, die sich als erste für die Ausnahmeregelung zugunsten der Ein-Raum-Kneipen stark machte.
- Anträge der LINKEN auf Schulbeihilfen für Hartz-IV-Familien wurden abgelehnt – aber als Bundesratsinitiative der Länder Bremen und Berlin ging die Forderung durch: 100 Euro pro Jahr und Kind.
- Die 5-Prozent-Klausel für die Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung wird wieder zurückgenommen.
- Ohne den Widerstand der LINKEN wäre die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre bereits Wirklichkeit. Der entsprechende Antrag auf Verfassungsänderung wurde von Rot-Grün zurückgezogen, nachdem DIE LINKE sich dagegen stellte. Demokratieabbau ist mit der LINKEN nicht zu machen.

**Links wirkt – auch im Parlament!**



## Fehlanzeige: Arbeitsmarktpolitik

Als die rot-grüne Koalition im Juni 2007 die Geschäfte übernahm, waren im Land Bremen 41.000 Menschen offiziell arbeitslos. Durchschnittlich ist das Lohneinkommen in Bremen niedriger als im Bundesgebiet, der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern höher, der Anteil von Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz finden, gering. Grund genug, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung zur Kernaufgabe zu machen.

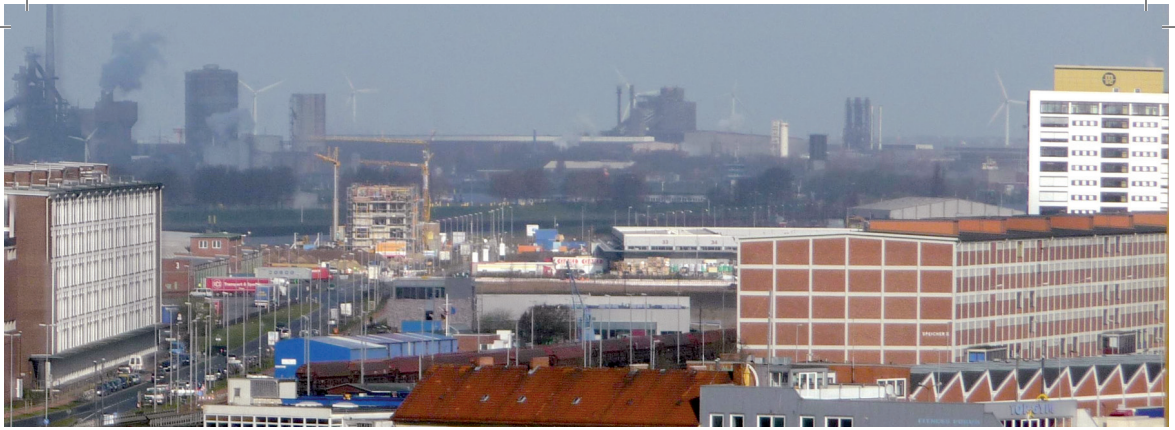
Im Koalitionsvertrag wurde der Abbau der Arbeitslosigkeit dann auch zur »vorrangigen politischen Aufgabe« erklärt. Ziel müsse sein, »dass jeder Mensch sein Recht auf eine existenzsichernde Arbeit verwirklichen kann«. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei »prioritär«, der Senat werde »die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik möglichst umfassend und ressortübergreifend einsetzen«. Ebenfalls versprochen wurden die Entwicklung eines »sozialen Arbeitsmarktes« und ein »Chancengleichheitsprogramm« für Frauen.

Die Ziele gerieten schnell in Vergessenheit. »Prioritär« ist Arbeitsmarktpolitik für Rot-Grün allein beim Sparen. Der Ressorthaushalt »Arbeit« wurde um ein Viertel abgeschmolzen, von 48 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 35 Mio. Euro in den Jahren 2010 und 2011. Rot-grüne Arbeitsmarktpolitik in Bremen besteht im Bereitstellen einer Verwaltungsstruktur für Fördermaßnahmen des Bundes und der EU sowie im Hoffen auf die Selbstheilungskräfte des Marktes.

Die Folgenlosigkeit der Bremer Arbeitsmarktpolitik ist so offensichtlich, dass ein externes – und teures – Gutachten dem Senat empfahl, das »Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm« als eigene Struktur gleich abzuschaffen – es enthalte ohnehin kein Landesgeld mehr und könne demnach auch keine eigenen Ziele verfolgen.

Wer glaubt, dies bereitet der Senatorin Ingelore Rosenkötter (SPD) Sorgen, irrt. Die Senatorin änderte kurzerhand die Zuständigkeiten und verlagerte die Arbeitsmarktförderung komplett zur für EU-Mittel zuständigen ESF-Abteilung im Ressort. Genauso nachgiebig verhält sich Rot-Grün gegenüber der BAGIS und der Bundesagentur, denen der Senat die Entscheidung über die beschäftigungspolitischen Maßnahmen (die Verteilung der sogenannten »Eingliederungstitel«) wi-





derstandslos überlässt, obwohl die BAGIS eigentlich zur Hälfte von der Kommune geführt wird. Die Folge: Vom vollmundig angekündigten Ersatz der Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fehlt jede Spur. Statt 3.000 gibt es jetzt noch 2.500 Ein-Euro-Jobs, ohne dass dem mehr sozialversicherungspflichtige Maßnahmen gegenüber stünden.

## Weder Beschäftigungsförderung noch Mindestlohn

Als 2008 das Beschäftigungsprogramm »Bremen produktiv und integrativ« anließ (ca. 700 Maßnahmen plus 300 Ein-Euro-Jobs, finanziert durch EU und BAGIS), das besonders in den sozial benachteiligten Stadtteilen wirken soll, gab es eine unschöne Überraschung: Die Mehrzahl der Programmteilnehmer erhält einen Stundenlohn von 5,90 Euro und bekommt damit sogar weniger als während der Arbeitslosigkeit. Es hagelte Protestbriefe aus den Stadtteilen. Der Senat war zunächst unsicher. Später äußerte er, dass öffentliche Beschäftigung sich am untersten Rand des Arbeitsmarkts orientieren müsse, und überall in der Stadt Leute schließlich für noch weniger arbeiten würden.

Wohl wahr. Der Fall »Mirjam« deckte auf, dass bei den Fahrdiensten, die Kinder mit Behinderungen in die Schulen und wieder nach Hause fahren, für 5,20 Euro gearbeitet wird – im öffentlichen Auftrag. Die angebliche Selbstverpflichtung des Senats auf Mindestlöhne reicht gerade so weit, sich im Bundesrat dafür auszusprechen – zu Hause praktiziert wird sie nicht. Auch das von Rot-Grün vorgelegte Vergabegesetz enthielt keinen Mindestlohn.

Der Senat packte es nach dem »Rüffert-Urteil« des europäischen Gerichtshofs gleich wieder in die Schublade und folgte der Grundprämisse seiner ganzen Arbeitsmarktpolitik: Machen wir lieber nichts.

Zur Halbzeit der Legislaturperiode sind 38.000 Menschen im Land Bremen offiziell arbeitslos. Hinzu kommen 20.000 Beschäftigte, die sich in Kurzarbeit befinden und um ihre Jobs zittern. Allein beim Gesamthafenbetriebsverein (GHBV) werden derzeit 1.000 Stellen vernichtet.



Der Skandal: Angesichts der erheblich erweiterten Möglichkeiten der Kurzarbeit, die auf Bundesebene eingeführt wurden, wären diese Entlassungen zu vermeiden gewesen. Während die Hafenerbetriebe in den letzten Jahren enorme Gewinne erzielten (die BLG Logistics, 100-prozentig staatseigener Betrieb, erwirtschaftete jährlich Gewinne im zweistelligen Millionenbereich), sollen die Hafendarbeiter als erste für die Krise zahlen. Nach Gesprächsrunden »auf Staatsräte-Ebene« entfallen bei der BLG zumindest die Überstunden. Der GHBV entlässt »nur« 200 Festangestellte. Für 850 Befristete bleibt weiterhin die Arbeitslosigkeit.

Hat Rot-Grün in der Arbeitsmarktpolitik also falsche Versprechungen gemacht? Zumindest ist das Nichtstun der Re-

gierungsparteien stringent und systematisch. Die Grünen hatten von vornherein das Sparen zu ihrem Hauptanliegen gemacht. Die SPD hatte auf ihren Wahlplakaten 2007 von »rechten Arbeitsplätzen« geraunt, auf die es allein ankomme. »Echte Arbeitsplätze« entstehen nach Lesart des Senats ohne sein Zutun. Aktive Arbeitsmarktpolitik, der Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen, der Ausbau des öffentlichen Dienstes und der Aufbau eines Sektors öffentlicher Beschäftigung wären stattdessen richtige Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft.

- ▶ **DIE LINKE** hat sich intensiv für die Anhebung der Löhne in den öffentlichen Beschäftigungsprogrammen eingesetzt. Das Ergebnis nach einem Jahr: Die Vergütungsgruppen bei den Beschäftigungsträgern werden um 70 bis 200 Euro brutto im Monat angehoben. Das ist jedoch nicht ausreichend. Gute Arbeit verlangt gute Bezahlung – auch bei öffentlicher Förderung. Einseitige Festsetzungen von Entlohnung ohne Beteiligung von Gewerkschaften und Betriebsräten darf es nicht mehr geben. Zusätzlich muss der Senat seine Verpflichtung auf einen Mindestlohn von 7,50 Euro zur Bedingung öffentlicher Beschäftigungsförderung machen.

# Krokodilstränen statt Armutsbekämpfung

Die Linksfraktion hat zu Beginn der Legislaturperiode einen Antrag gestellt, in dem sie einen Masterplan Armutsbekämpfung forderte, also einen integrierten Ansatz zur Armutsbekämpfung, der nachhaltige Bildungspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Stadtteilentwicklung umfasst. Die Koalition lehnte diesen Antrag ab und verwies auf den von ihr angekündigten Armuts- und Reichtumsbericht. Dessen Entwurf liegt inzwischen vor.



Der Armuts- und Reichtumsbericht des rot-grünen Senats belegt: Die soziale Spaltung unserer Stadt schreitet fort. 129.000 bis 179.000 BremerInnen leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Die senatorische Untersuchung der Lebenslagen macht auf dramatische Weise deutlich, dass das Land Bremen in nahezu allen sozialen Bereichen das bundesrepublikanische Schlusslicht bildet – sei es bei der Quote der von Armut betroffenen Kinder und Frauen oder beim Verschuldungsgrad der privaten Haushalte. Betroffen von dem eklatanten Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe und Verwirklichungschancen sind Erwerbslose und Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen, MigrantInnen, allein erziehende Frauen und Männer, ältere Menschen, Jugendliche und in großer Zahl Kinder.

- Für die Fraktion DIE LINKE waren diese erneuten Belege für selbstverstärkende Prozesse von Armut und sozialer Spaltung ein Anlass, in den Nachtragshaushaltsverhandlungen im März 2009 zusätzliche Mittel für ein Sofortprogramm zur sozialen Integration, Arbeit, Bildung und stadtteilnahen Bürgerbeteiligung zu fordern. Zu diesem Zweck haben wir zwölf konkrete Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt eingebracht. Die geforderten Mittel mit einem Gesamtvolumen von 33,6 Mio. Euro beinhalteten ein beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm, zusätzliches Lehrpersonal für die Förderung von sozial benachteiligten SchülerInnen, Verbesserungen in der Kinder- und Jugendarbeit sowie zusätzliche Mittel zur selbstbestimmten Förderung von sozial benachteiligten Stadtteilen.

Die Anträge der LINKEN wurden in der Bremischen Bürgerschaft rundweg abgelehnt, wobei unser Ansatz, im Gegensatz zu den anderen oppositionellen Fraktionen nicht nur zu meckern, sondern konkrete, finanziell durchgerechnete Alternativen anzubieten, immerhin gewürdigt wurde. Der Tenor: »Alles nett gemeint, aber leider ist Bremen Haushaltsnotlageland, deswegen sind auch in einem hervorragenden Haushaltsjahr wie 2008 alle überplanmäßigen Einnahmen für die Reduzierung des Haushaltsdefizits einzusetzen. Das muss doch auch die LINKE verstehen.«

Zu diesem schlagenden Argument bleibt allerdings Folgendes anzumerken: Der Bremer Senat ist in den vorangegangenen Monaten und den aktuellen Haushaltsverhandlungen schon mehrfach über den Schatten des Sanierungspfades gesprungen und hat über den geplanten Haushalt 2008/2009 hinaus die folgenden Mittel bereitgestellt: 70 Mio. Euro zusätzlich für die Finanzierung der Bremer Krankenhäuser, 29,5 Mio. Euro als Komplementärmittel für das Konjunkturpaket II, 25 Mio. Euro für das Gebäudesanierungsprogramm.

Für ein Programm wie das der LINKEN, welches sich vorgenommen hat, die Armut in Bremen zu bekämpfen, hat der Senat dagegen keine zusätzlichen 30 Mio. Euro übrig. Zwar wird im senatorischen Bericht über die Armut in Bremen ein nebulöses »Programm für sozialen Zusammenhalt« in Aussicht gestellt. Im Nachtragshaushalt, wo nun die Möglichkeit bestanden hätte, die guten Absichten mit Geld zu unterfüttern, gibt es dafür jedoch: nichts.



# Sozialticket – so nicht!

»Wir wollen mit der BSAG Verhandlungen mit dem Ziel aufnehmen, analog zum Angebot von Job-Tickets ein ermäßigtes Sozialticket einzuführen«, heißt es im Koalitionsvertrag, mit dem Rot-Grün alles besser machen wollte. Weil nichts passierte, hakte die Linksfraktion wiederholt mit eigenen Anträgen zum Projekt »Sozial- und Kulturticket jetzt einführen« nach – im Oktober 2007, im Juni 2008 und November 2008. In einer Bürgerschaftsrede erklärte die Linksfraktion: »Wer arm ist, darf nicht vom kulturellen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Denn soziale Teilhabe und Mobilität sind eine Grundvoraussetzung für ein menschenwürdiges Leben.« Doch die Appelle und Initiativen verhallten vergebens. Die Regierungskoalition stimmte stets geschlossen dagegen, beließ es bei inhaltsleeren Ankündigungen, beklagte unüberwindbare Hürden der »kostenneutralen Umsetzung« oder hoffte darauf, dass das Projekt kollektiv vergessen wird.

Die  
Einführung  
eines  
Sozialtickets  
für 15 Euro  
im Monat  
ist auch  
in Bremen  
machbar!



Nun hat der Senat seine Alternative zum Sozialticket auf den Tisch gelegt: Die »Activcard«. Mit einem anvisierten Preis von knapp 30 Euro ist die »Activcard« für ALG-II-EmpfängerInnen jedoch schlicht nicht finanzierbar. In den pauschalisierten Regelsätzen für ALG II sind für öffentliche Verkehrsmittel gerade einmal 14,03 Euro vorgesehen. AsylbewerberInnen, die nicht die Schule besuchen, haben dagegen gar keine finanziellen Mittel für den ÖPNV zur Verfügung. Für die über 110.000 LeistungsempfängerInnen im Land, die durch Gentrifizierungsprozesse (wirtschaftliche Aufwertung und soziale Entmischung innenstadtnaher Stadtteile) tendenziell immer häufiger außerhalb der Stadtzentren wohnen, bedeutet die Nicht-Einführung des Kultur- und Sozialtickets einen weitgehenden Ausschluss vom sozialen und kulturellen Leben. Hinzu kommen noch die Bremerinnen und Bremer, die nur über geringe Einkommen verfügen.

Im Armuts- und Reichtumsbericht von 2009 wird ein Fünftel bis ein Viertel aller Bremerinnen und Bremer als von Armut bedroht eingestuft. Wenn der Senat seine bisherige Politik der Abwartens und Aufschiebens, und vor allem den illusorischen Anspruch auf »Kostenneutralität«, fortführt, dann kann eine echte Teilhabe für große Teile der Bremer Bevölkerung nicht mehr gewährleistet werden.

- ▶ Die Linksfraktion setzt sich weiter für die Einführung eines echten Sozialtickets ein. Entscheidend sind dabei der Berechtigtenkreis, der Preis und die Ausgestaltung als Sozial- und Kulturticket. Es sollen also erstens nicht nur LeistungsempfängerInnen davon profitieren können, sondern auch von Armut bedrohte Menschen wie GeringverdienerInnen, also deutlich mehr Personen. Der Preis muss dicht an dem im ALG-II-Regelsatz vorgesehenen Betrag für Verkehr liegen. Ein solches Sozialticket muss vom Senat bezuschusst werden, damit eventuelle Mehrkosten nicht zu Lasten der Beschäftigten bei der BSAG gehen. Die »Activcard« ist keine Lösung!

# Kinder- und Jugendpolitik auf Sparflamme

Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik haben die Regierungsparteien ihre Vorhaben bislang nur teilweise umgesetzt. Ziele aus dem Koalitionsvertrag waren, auch auf Basis des Untersuchungsausschusses Kindeswohl, eine stärkere sozialräumliche Vernetzung, der Ausbau der Kinderbetreuung, die personelle Stärkung in den Kindertagesstätten durch den Einsatz einer zweiten Fachkraft und ein integriertes Handlungskonzept bei Maßnahmen der Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Ausländerintegration und Schule.

Zum Ausbau der Kinderbetreuung, insbesondere der Unter-Dreijährigen, ist der Senat gesetzlich verpflichtet, entsprechende Mittel wurden vom Bund bereitgestellt. Im Bereich der konsumtiven Ausgaben zeigt sich der Senat hingegen weiterhin kleinlich: Der flächendeckende Einsatz einer zweiten Fachkraft wurde bisher nur in einem Teil der Kindergartengruppen realisiert.

Besonders in den sogenannten Regeleinrichtungen ist es durchaus üblich, dass eine Erzieherin 20 Kinder alleine betreut. Abgesehen von einer starken psychischen und körperlichen Belastung für diese Fachkraft, die häufig auch gesundheitliche Folgen haben kann, ist es für sie unter diesen Arbeitsbedingungen schwer möglich, die anvisierte sozialräumliche Zusammenarbeit zu gewährleisten. Hier lautet die Forderung der Fraktion DIE LINKE: Der flächendeckende Einsatz einer zweiten Fachkraft, also einer examinierten Erzieherin, in allen Gruppen, besserer Arbeitsschutz für die ErzieherInnen und angemessene Tarifverträge für diese gesellschaftlich wichtige Aufgabe!

Mit dem »CITO-Test« wurde ein PC-Programm zur Sprachstanderhebung für Kindergartenkinder eingeführt, das medizinische Ursachen für Sprachdefizite nicht berücksichtigen kann und wegen der reinen computerbasierten Testform nicht altersgemäß ist.



Der Senat hat das Projekt »Stopp der Jugendgewalt« initiiert, mit dem Jugendgewalt präventiv verhindert, konsequent verfolgt und schnell verurteilt werden soll. Dabei handelt es sich um ein integriertes Handlungskonzept, das eine Kooperation der Ressorts für Inneres, Bildung, Justiz und Soziales realisiert. Doch die Prävention ist nach wie vor das Stiefkind der rot-grünen Politik – Präven-

tion dauert, kostet und liefert oft keine sofort greifbaren Erfolge. Nichtsdestotrotz ist Prävention der Schlüssel zu einer nachhaltigen Kinder- und Jugendpolitik, und sie benötigt einen breiten Ansatz. Die Bekämpfung von Jugenddelinquenz durch Prävention fängt allgemein bei Armutsbekämpfung an und hat konkret für z. B. ausreichende Freizeitangebote zu sorgen. Doch der Senat sah hier zumindest bis Ende 2008 noch Sparpotenzial und konnte erst durch breiten Protest von einer Kürzung der Mittel und der daraus resultierenden Schließung zweier Jugendfreizeitheime abgehalten werden.

Eine weitere Gruppe, die vom Senat systematisch vernachlässigt wird, sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Es existieren immer noch Großunterkünfte, eine juristische Beratung bei Rechtsfragen ist der Organisation Einzelner überlassen und die Kinder und Jugendlichen bekommen sehr spärliche schulische und berufliche Perspektiven geboten. Anstelle von Großunterkünften sollten kleine Wohngruppen bevorzugt werden. Juristische Beratung muss flächendeckend gewährleistet werden und Inhaftierungen von Minderjährigen zum Beispiel vor Abschiebungen, müssen untersagt und abgeschafft werden. Denn auch für den Bremischen Senat, genau wie für die Bundesregierung, gilt bisher leider: Ausländerrecht vor Kinderrecht. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt also nur unter dem Vorbehalt der Einschränkungen des Ausländerrechts. Das bedeutet in der Praxis, dass Minderjährige, teilweise unbegleitete Kinder und Jugendliche abgeschoben und inhaftiert werden. Erst 2008 wurden in Bremen zwei Minderjährige in Abschiebungshaft genommen, eine 14-jährige und eine 16-jährige Person. Es wäre dem Senat möglich gewesen, seine Ermessensfreiräume auszuschöpfen, doch statt einer Abnahme solcher rigoroser und Kindesmissachtender Maßnahmen lässt sich seit 2005 sogar eine Zunahme feststellen.

- ▶ **Die Linksfraktion hat mit einer Großen Anfrage die »Situation und Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe in Bremen« im Parlament thematisiert. Sie hat Kindertagesheime besucht, den Streik der ErzieherInnen unterstützt und sich für eine verbesserte sozialräumliche Vernetzung, für ein besseres Betreuungsangebot und für mehr Freizeitangebote eingesetzt. Prävention statt Repression muss zur konsequenten Leitlinie der Kinder- und Jugendpolitik gemacht werden!**

# Innenpolitik: Zu viel Geld für Kontrolle, zu wenig für Personal

Ein ähnlich ernüchterndes Bild bietet die Bremer Innenpolitik. Einige Beispiele: Während die sonst so eifrig umgesetzte Polizeireform bis 2014 ein Stellenvolumen von 2.500 Arbeitsplätzen vorsieht, fallen die Ist-Zahlen um fast eine Hundertschaft niedriger aus. Anstatt endlich eine bessere Ausstattung zu gewährleisten, soll der wachsende Überstundenberg durch die Ausgleichszahlung von einer halben Million Euro und durch verzögerte Pensionierungen abgetragen werden. Dass die Landesregierung diese fragwürdigen Maßnahmen als Erfolg wertet, wurde von der Linksfaktion unter anderem in der Bürgerschaft kritisiert.

Der Koalitionsvertrag gibt vor: »Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit, die Vermeidung von Kriminalität und deren Verfolgung sind [...] wesentliche Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens.« Unschlüssig scheint sich der Senat darüber zu sein, ob er dieses Ziel über Instrumente der Prävention oder Repression erreichen will. Mit seinem diffusen Handlungskonzept »Stopp der Jugendgewalt«, mit einer Ausweitung der Waffenverbotszone und Kontrollmaßnahmen an der Discomeile sowie einer reinen Zustandsbeschreibung ohne Ursachenforschung im »Arbeitsbericht – Lebenslagen in Bremen 2009« versucht er, die eigene Hilflosigkeit angesichts einer immer weiter auseinander gehenden Spaltung zwischen Arm und Reich zu bemänteln. Ein nachweisbarer Wille zur Übernahme sozialer Verantwortung mittels ausreichender Finanzierung und Prävention ist kaum auszumachen.





# Bremens Krankenhäuser – Desolat statt zukunftsorientiert



Seit 2008 wird an den vier kommunalen Kliniken massiver Stellenabbau betrieben. Erklärtes Ziel ist eine Reduzierung der Belegschaft um mindestens 1.000 Stellen in allen Bereichen. Von einem schlüssigen Personalkonzept fehlt jede Spur. Zu dieser in der täglichen Praxis völlig kopf- und konzeptionslos daherkommenden Arbeitsplatz-

vernichtung gesellt sich in jüngster Zeit ein vollmundig »Medizinisches Zukunftskonzept« getauftes Papier der Gesundheit Nord, das nur wenig Gutes erwarten lässt. Ein tiefer Eingriff in die bewährten Strukturen der vier kommunalen Kliniken steht damit unmittelbar bevor. InteressenvertreterInnen der Beschäftigten kritisieren besonders, dass die medizinische Neustrukturierung der Kliniken ebenso kopf- wie konzeptionslos daherkommt. Denn welche finanziellen Auswirkungen aus dem »Zukunftskonzept« resultieren, ist weder absehbar noch von der Gesundheit Nord (GeNo) schlüssig dargelegt. Und all diese reichenden Pläne kollidieren in einer traurigen Realität deutlich mit der im Regierungspakt festgeschriebenen »Einbeziehung und Berücksichtigung von Mitarbeiterinteressen« (Koalitionsvertrag, S. 64).

Und an anderer Stelle steht zu lesen: »Erhalt der Eigenständigkeit der vier Klinikstandorte [...]; Verstärkung der standortspezifischen Profilbildung« – so wird unter dem Stichwort »Neustrukturierung« die Zukunft der Krankenhäuser rosarot dargestellt. (Koalitionsvertrag, S. 64 ff).

Die konkretisierten Planungen der Gesundheit Nord sehen ganz anders aus. Da soll im Krankenhaus Links der Weser die überregional anerkannte Geburtsstation zugunsten des Klinikums Mitte zurückgestuft werden, um so das längst ruinierte KBM zu stärken. Vorhandene, bewährte und fachlich anerkannte Strukturen werden so ohne Not zerstört. Mehr noch: den MitarbeiterInnen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen und em Reinigungsdienst wird unter dem Stichwort »Flexibilisierung« künftig zugemutet, zwischen den verschiedenen Klinikstandorten zu pendeln. Nicht nur lange Arbeitswege sind die Folge. Fazit: Dieses unausgewogene »Medizinische Zukunftskonzept« birgt offenbar noch viel Sprengstoff, der den Betroffenen schon heute höchst ungewisse Perspektiven beschert.

- **DIE LINKE fordert daher den Senat nachdrücklich auf, endlich in eine angemessene medizinische Versorgung statt nur in Beton zu investieren. Versorgungsqualität muss vor Stellenabbau rangieren.**

# Integrationspolitik mit halber Kraft



Die Koalitionsvereinbarung gibt sich integrationspolitisch bedeckt, ergänzend besteht jedoch die «Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen 2007–2011». Zu den dort genannten Zielen kann teilweise eine positive Bilanz gezogen werden: Die Förderung des Spracherwerbs im Vorschulalter wurde mittlerweile durch die Sprachstanderhebungen verbessert, es haben interkulturelle Qualifikationsmaßnahmen im Stadtamt stattgefunden, und es gab eine klare Steigerung zumindest von Auszubildenden mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst – von 2,7 Prozent in 1999 auf 19,5 Prozent in 2008 (Bremerhaven: 21 Prozent in 2006).

Im Bereich der Vermittlung der deutschen Sprache bei Erwachsenen ist die Bilanz durchwachsen: Zwar bietet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über einzelne Träger Integrationskurse an. Menschen mit Duldung bleibt dieses Angebot allerdings verschlossen. Einige WiN-Foren (Wohnen in Nachbarschaften) in einzelnen Ortsteilen haben sich zwar entschieden, einen Teil ihrer Mittel für Sprachkurse zur Verfügung zu stellen, die auch Geduldeten offen stehen, gleichwohl hängt diese Regelung vom Ortsteil und vom guten Willen der Forumsmitglieder ab. Für die 2.487 Geduldeten im Land Bremen (Stand 30.9.2008) ist das weder eine verlässliche Lösung noch wird so eine gerechte Teilhabe ermöglicht.

Da der Senat im Rahmen unserer Großen Anfrage »Kettenduldungen« nicht beantworten wollte, wie lange die hier Geduldeten schon in Bremen leben, musste man diese Informationen einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag entnehmen (Drucksache 16/10986): Laut dieser sind 1.033 Geduldete schon über sieben Jahre in Bremen, 1.481 sogar seit mehr als neun Jahren. Dass für diese Menschen bisher weder eine wirksame Aufenthaltsregelung gefunden wurde noch versucht wird, die schwierige Situation durch Maßnahmen wie die Gewährleistung von Sprachkursen zu erleichtern, ist ein integrationspolitisches Armutszeugnis.

Das Ziel, Einbürgerungen zu erleichtern, konterkarierten zudem immer weiter gehende Einschränkungen. So wurde beispielsweise auf Bundesebene am 1. September 2009 der Einbürgerungstest eingeführt, dessen (fehlerhafte) Fragen abprüfen sollen, ob die Einbürgerungswilligen »deutsch genug« sind. Nicht nur der Test selbst, sondern auch die erhöhten Sprachanforderungen sind ein Hindernis zumindest für Analphabeten. Diese werden zu Menschen zweiter Klasse degradiert und nicht als der deutschen Staatsbürgerschaft würdig eingestuft.

Was Angestellte mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Öffentlichen Dienst anbetrifft, so ist der Integrationsradius weiterhin bescheiden: In der Stadtgemeinde waren 2006 nur durchschnittlich 2,3 Prozent der Angestellten ausländische StaatsbürgerInnen, in der Kernverwaltung sogar nur 1 Prozent. Das ist angesichts der Tatsache, dass über 20 Prozent der Bremerinnen und Bremer einen Migrationshintergrund haben, deutlich zu wenig.

Die rechtlichen Ermessensspielräume des Ausländerrechts (Altfallregelung, §104 a und b) schöpft Bremen nicht aus, insbesondere AsylbewerberInnen, Geduldete und Papierlose stoßen bei der Verwaltung auf Granit. Rechtliche Verpflichtungen wie die dreimonatige Überprüfung der Leistungskürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (§1a AsylbLG) werden nicht erfüllt, die Betroffenen teilweise jahrelang ungeprüft in finanziell höchst bedrückenden Lebenslagen gelassen.

- ▶ Die Linksfraktion hat sich im Bereich der Integration und Migration auf einer breiten Spannbreite engagiert: Im Juni 2008 wurde eine ganztägige Migrations-Konferenz mit dem Titel HIER SIND WIR ZUHAUSE durchgeführt. Es nahmen 35 ReferentInnen und über 200 Gäste teil, die in sechs Workshops u. a. zu den Themen Bildung, Niedriglohn, Unternehmertum und Geschlechtergleichstellung sowie zwei Podiumsdiskussionen diskutierten. Das Motto dieser Konferenz ist unser Credo. Miteinander reden statt übereinander, dieses Ziel liegt hinter jeder Aktivität.
- ▶ Wir haben »Übergangwohnheime« von AsylbewerberInnen besucht, Wohnheime für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, haben uns vom muttersprachlichen Unterricht an Schulen ein Bild gemacht und haben die Abschiebehaf am Flughafen Bremen besichtigt. Die Erfahrungen dieser Besuche vor Ort sowie vielfältige Kontakte zu betroffenen, beratenden und begleitenden Personen fließen in die parlamentarische Arbeit ein: So haben wir Anträge und Anfragen zum Einbürgerungstest, zu Kettenduldungen, zu Asyl, zu Abschiebungen, zu Einbürgerungen u.v.m. gestellt. Außerdem haben wir uns mit von Abschiebung bedrohten Familien solidarisiert.

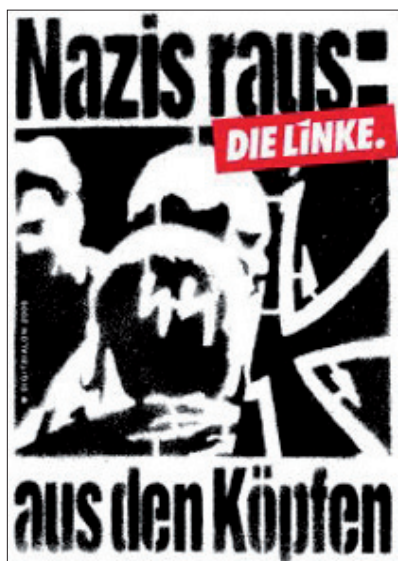
# Keinen Meter für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus!

Ganze neun Zeilen widmen SPD und Grüne in ihrer Koalitionsvereinbarung dem Kampf gegen Rechts. Angekündigt wird, die Berichterstattung zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Lande Bremen endlich wieder aufzunehmen. Die Fraktion DIE LINKE hat die Vorlage des Berichts unter dem Titel »Für ein demokratisches, weltoffenes und tolerantes Bremen« begrüßt. Der Bericht wurde also umgesetzt, macht aber auch Schwächen in der Präventionsarbeit und politischen Problemerkennung deutlich!

Die Linksfraktion hat immer wieder darauf hingewiesen, dass ein regelmäßiger Austausch der Neo-Nazis in Bremen mit denen des Umlandes stattfindet. Das blendet der Bericht aus; eine dringend notwendige enge Abstimmung mit den umliegenden Kommunen fehlt. Weiterhin vermittelt die Berichterstattung des Senats den Eindruck, es handle sich bei den statistisch erfassten Übergriffen nicht um rechtsextreme Straftaten, sondern um Einzeldelikte.

Die Fraktion DIE LINKE bewertet die Lage anders: Anschläge von Rechtsextremisten auf das Lidice-Haus und den Infoladen in der St.-Pauli-Straße oder Überfälle auf Obdachlose sind Ausdruck rechtsradikaler Ressentiments, Gewaltpotentiale und Strukturen. Erforderlich sind eine konsequente antifaschistische Arbeit und entsprechende Aktivitäten des Senats. Um dies zu gewährleisten, müssen Straftaten und Übergriffe mit fremdenfeindlichem Hintergrund

regelmäßig erfasst werden. Alle paar Jahre erscheinende Berichte über Maßnahmen für ein friedliches Zusammenleben ohne Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind uns zu wenig. Die Linksfraktion fasst deshalb immer wieder nach. Über regelmäßige kleine Anfragen fordern wir Berichte zu fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Ausschreitungen in Bremen und Bremerhaven ein. Im Mai 2008 fragte die Linksfraktion nach grundsätzlichen Erkenntnissen des Senats über rechtsextremistische Organisationen und Strukturen im Land Bremen. Wer die latente Gefahr von Rechts gerade im Land Bremen, wo Vertreter rechter Gruppierungen sogar ins Parlament gewählt werden, bekämpfen will, der muss sie immer wieder zum Gegenstand öffentlicher Debatten machen.





- ▶ DIE LINKE kritisiert, dass nur in einem einzigen Absatz des Berichts auf mögliche Ursachen des Rechtsextremismus eingegangen wird: auf Zukunftsangst, Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialer Deklassierung. Diesen Ursachen werden allein pädagogische Maßnahmen gegenübergestellt. Das reicht nicht aus! Zweifellos hält die Linksfraktion es für wichtig, Kinder und Jugendliche vor den bestehenden Strukturen der Rechten zu warnen und sie vor rechten Rattenfängern zu schützen. Aber es müssen weitere politische Konsequenzen folgen. Deshalb fordern wir, Jugendlichen eine berufliche und soziale Teilhabe zu geben, eine solide schulische Bildung und ein ausreichendes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.
- ▶ Die Mitglieder der Fraktion sind aktiv dabei, wenn es darum geht, Naziaufmärsche zu verhindern. So ist DIE LINKE besonders aktiv bei den »Ladenschluss«-Demonstrationen gegen das Bekleidungsgeschäft »Sportfreunde« am Brill, einem stadtbekanntem Neonazi-Treffpunkt. DIE LINKE wird auch in der Bremischen Bürgerschaft weiterhin ihren Beitrag zum Kampf gegen Rechts leisten. Sie wird für die aktiven antifaschistischen Gruppen in Bremen eine verlässliche parlamentarische Kraft bleiben.





# Kosmetischer Umwelt- und Klimaschutz

## Umweltzone

In Sachen Umwelt- und Klimaschutz hat sich die Regierungskoalition viel vorgenommen. Die Begrenzung des Klimawandels durch eine andere Verkehrspolitik sollte eine »leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur« bewirken. Dazu wurde u. a. die Umweltzone eingerichtet. Sie sollte zur Steigerung der Lebensqualität und dem Schutz vor störendem Lärm und anderen Immissionen beitragen. Diese Umweltzone ist aber mit zahlreichen Ausnahmen versehen und viel zu kleinräumig abgesteckt. Die ernüchternde Zwischenbilanz: Schon bis Anfang April 2009 sind in der Neuenlanderstraße und am Dobbenweg die Grenzwerte zehn bis elf Mal überschritten worden, pro Jahr dürfen lediglich 35 Überschreitungen stattfinden, von weniger Luftverschmutzung und weniger PKW-Lärm kann bisher keine Rede sein.

Dass die Umweltzone bislang hinter den Erwartungen zurückbleibt, ist allerdings nicht allein mit der ungenügenden Umsetzung zu begründen, sondern ein prinzipielles Problem: Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß und damit der Klimawandel ist mit einer Umweltzone nicht wesentlich zu reduzieren, dieses Ziel wäre nur durch eine konsequente und massive Einschränkung des Autoverkehrs zu erreichen. 48 Prozent der täglich insgesamt 1,46 Mio. Personenfahrten werden mit dem PKW absolviert. Um diesen Anteil zu reduzieren, bedarf es einer massiven Ausdehnung des ÖPNV, der für alle kostenfrei nutzbar sein muss. Doch daraus wird vorerst nichts: Der Regierungskoalition ist es noch nicht einmal gelungen, ein Sozialticket einzuführen, das seinen Namen verdient und großen Teilen der Bevölkerung endlich zu mehr bezahlbarer Mobilität verhilft.

- ▶ Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb einen eigenen Antrag zur »Einrichtung einer wirkungsvollen und sozial ausgeglichenen Umweltzone in Bremen« in die Bürgerschaft eingebracht. Damit forderten wir eine Umweltzone, die die Stadtmitte, die östliche Vorstadt, die gesamte Neustadt sowie innenstadtnahe Bereiche von Findorff und Hastedt einbezieht. Nur eine vergrößerte Umweltzone bietet perspektivisch ausreichende Entlastungseffekte, auch im Hinblick auf die städtische Hintergrundbelastung. Unser Anspruch war es daher, alle Belastungsschwerpunkte in diese Zone zu integrieren.

Mit der Einrichtung der Umweltzone hat die Linksfraktion den Ausbau des ÖPNV gefordert, der an die dann erhöhten Anforderungen hätte angepasst werden müssen: z. B. mehr Fahrkomfort, erhöhte Taktzeiten und eine erhöhte Zahl an eingesetzten Bussen und Straßenbahnen. Auch die Einrichtung einer Fahrradstation zum



kostenlosen Fahrradausleihe war eine unserer Forderungen, sowie ein preiswertes Sozialticket, das solange angeboten wird, bis ein kostenloser ÖPNV für das gesamte Stadtgebiet durchgesetzt ist. Leider wurde der Antrag nicht angenommen, und die Bremerinnen und Bremer müssen weiter darauf warten, in einer lebenswerteren Stadt mit guter Luft und wenig Lärm zu leben.

## Energiepolitik

Aktiv für eine andere Energiepolitik einzutreten, bedeutet zunächst die Aufwendung von erheblichen finanziellen Mitteln. Das aber lässt die Senatspolitik in Anbetracht der Haushaltsnotlage nicht zu. Eine verpasste Chance der jüngsten Zeit: die Re-kommunalisierung der swb!

Der holländische Energiekonzern Essent, Mehrheitseigner der swb, hat seinen Aktienanteil von 51 Prozent zum Verkauf angeboten. Das Land Bremen hat sein Vorkaufsrecht geltend gemacht, allerdings nur, um die Anteile gleich weiter zu verkaufen. Die entsprechenden Einflussmöglichkeiten auf die Energiepolitik wurden komplett abgegeben.

- ▶ Für die LINKE ist die Daseinsvorsorge – und dazu gehört auch die Energiebereitstellung – aber ureigenste Aufgabe von Politik. Mit einem Antrag forderte die Linksfraktion in der Bremischen Bürgerschaft die Bereitstellung von Energie als soziale und ökologische Schlüsselfrage. Der sozialpolitische Hintergrund: Immer mehr Menschen können sich Energie nicht mehr leisten. In Bremen wurde 2007 bei ca. 10.000 Menschen der Strom abgestellt – sie konnten die Rechnungen nicht mehr bezahlen. Ökologisch ist es zwecks Verminderung des klimawirksamen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zwingend notwendig, in erneuerbare Energien und Energiesparmaßnahmen zu investieren. Um die renditefixierte Energiewirtschaft abzustellen, ist es aus Sicht der LINKEN unabdingbar, die Energiekonzerne wieder in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Damit besteht auch die Möglichkeit, den Geschäftszweck stärker auf die kommunale Daseinsvorsorge auszurichten. Das Ziel muss sein, Energie diskriminierungsfrei bereitzustellen und gleichzeitig stärker in energieeffiziente Techniken wie Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien zu investieren.

Aktuell plant die swb ein Gaskraftwerk – allerdings ohne Kraft-Wärme-Kopplung. Eine zukunftssträchtige Entwicklung in der Umweltwirtschaft, wie die Koalition sie eigentlich fordert, sieht anders aus. Doch ohne Einflussmöglichkeiten auf die swb gilt weiter, dass Bremens Strom teuer bleiben muss – sozial und ökologisch!



# Konversion: Bremen immer noch Rüstungsstandort



Wenn die rot-grüne Koalition behauptet, dass Bremen einen leistungsfähigen industriellen Sektor hat, weist sie unter anderem auf die Luft- und Raumfahrtindustrie hin. Diskret verschwiegen wird dabei, dass diese Branchen für Rüstungsindustrie stehen. Ob elektronische Ausstattung von Drohnen und Torpedos, U-Booten und Kriegsschiffen – die örtliche Industrie ist dabei! Zudem wird in Bremen derzeit über die Notwendigkeit des Militärtransporters A400M nachgedacht. Statt sich der Rüstungskonversion zu widmen, wird ein Szenario der bedrohten Arbeitsplätze aufgebaut und gegen Abrüstungsforderungen gestellt. In der Koalitionsvereinbarung wird Rüstungskonversion mit keinem Wort erwähnt.

Die ehemalige Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (heute BLG LOGISTICS GROUP) ist an der Verschiffung von Rüstungsgütern beteiligt. Durch die im Aufsichtsrat vertretenen Senatoren Ralf Nagel (SPD) und Karoline Linnert (Grüne) sowie Bremerhavens Oberbürgermeister Jörg Schulz (SPD) könnte friedenspolitischer Einfluss genommen werden. Dieser Einfluss wird aber nicht genutzt.

- ▶ Die Friedensarbeit ist der Fraktion DIE LINKE ein wichtiges politisches Anliegen. Wir haben deshalb in enger Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Friedensbewegung Nachfragen erarbeitet, die das Verhältnis von Abrüstung und Arbeitsplatzsicherung neu thematisieren. Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

# Gleichstellung: Wer nicht zu Wort kommt, wird entmündigt.

»Die Weltbevölkerung umfasst zwei Gruppen von Menschen: Eine Mehrheit von 49 Prozent Männern und eine Minderheit von 51 Prozent Frauen.« (Leif Johansson)

Die SPD/Grünen-Koalition hat sich die aktive Frauenförderung auf die Fahnen geschrieben, und da flattert sie nun im lauen Lüftchen! Obwohl Frauen die besseren Schulabschlüsse haben, verdienen sie in Bremen 26 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen, in einigen Bereichen liegen die Verdienstabstände sogar bei 40 Prozent. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Davon ist in Bremen keine Spur. Die Differenzen sind noch größer als im Bundesdurchschnitt. Dennoch tat sich Rot-Grün seit Amtsantritt vor allem durch gleichstellungspolitische Unterlassungen hervor: Tendenz steigend!



Die Koalition versagte einer Gender-Quotierung der RednerInnenliste im Parlament die Unterstützung. Die Koalition strebt ein »Gender Budgeting« der Haushalte an, das heißt ein Sichtbarmachen von Geschlechtergerechtigkeit (oder -ungerechtigkeit) in den Haushalten. Einem Antrag der LINKEN, dabei nicht nur die Einnahmen und Ausgaben darzustellen, sondern auch die Wirkung von Haushaltsent-

scheidungen auf Frauen und Männer zu berücksichtigen, mochten sich SPD und Grüne jedoch nicht anschließen.

Sie stimmten auch dagegen, den Internationalen Frauentag zum Feiertag zu erklären.

- ▶ DIE LINKE setzt sich für Arbeitsmarktprogramme ein, die sich auf frauenspezifische Lebens- und Erwerbsbiographien beziehen. Ein besonderes Augenmerk gilt alleinerziehenden Müttern und Frauen mit Migrationshintergrund. Die Verantwortung für die Verwirklichung der gesetzlich vorgeschriebenen Lohngleichstellung kann nicht allein den Tarifparteien überlassen werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird.
- ▶ Anlässlich der Verleihung des 11. Bremer Solidaritätspreises an die kongolesische Menschenrechtsaktivistin Immaculée Birhaheka hat DIE LINKE gefordert, dass geschlechtsspezifische Verfolgung der politischen Verfolgung gleichgesetzt werden muss.



# Kulturpolitik: Vielfalt verteidigen, Arbeit fair bezahlen!

Die Linksfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass eine möglichst breite Kulturszene in Bremen erhalten bleibt. Dazu gehört unser vor zwei Jahren von vielen schon totgesagtes multikulturelles Festival an der Weser, die Breminale. 2007 war sie wegen 50.000 Euro Finanzierungslücke ausgefallen und sollte zwecks vordergründiger Einspareffekte mit dem Stadtfest und dem Wallfest verschmolzen werden. Ein ähnliches Schicksal drohte dem ehemaligen Sendesaal von Radio Bremen, der nicht nur eine einmalige Akustik für Konzerte und Musikveranstaltungen bietet, sondern selbst schon ein Kulturdenkmal ist. »Herr Bürgermeister stimmen Sie zu, dass Kultur und Abrissbirne nicht zusammenpassen?« musste sich Jens Böhrnsen von der Linksfraktion in der Bürgerschaft fragen lassen. Jetzt läuft der Kulturbetrieb im ehemaligen Sendesaal wieder an. Und die Breminale ist eigenständig und quicklebendig.

Auch das Medienzentrum Bremen, zu dem das kommunale »Kino 46«, die Filmförderung und die Medienpädagogik gehören, bleibt in der Substanz erhalten, wenn auch nicht mehr unter einem Dach. Diese kulturellen »Leuchttürme in der zweiten Reihe«, wie auch die Shakespeare-Company, das Concordia-Theater, die Schwankhalle und andere sind für Bremen unverzichtbar. Die Finanzprobleme des Theaters am Goetheplatz dürfen nicht durch den Einsatz von Wettmitteln behoben werden, die dann der freien Kunstszene fehlen.



Dem Bürgerverein Haus Blomendal fehlen zum Beispiel jährlich wiederkehrend bescheidene 20.000 Euro. Anträge der Linksfraktion, hier Abhilfe zu schaffen, werden abgelehnt – aber wie durch ein Wunder klappt es dann plötzlich mit der Bereitstellung der nötigen Mittel.

Die Volkshochschule und die Stadtbibliothek haben in den letzten Jah-

ren und Monaten von der Substanz gezehrt. Vorübergehende Sondereinnahmen, Verbrauch von nötigen Rücklagen, Reduzierung der Belegschaft, Arbeitsverdichtung, Gebührenerhöhung – das alles sind auf Dauer inakzeptable Krücken, um notdürftig weiterzukommen. Für beide Institutionen ist eine strukturelle Unterfinanzierung zu erkennen, die irgendwann durchschlägt. Das wird unser besonderes

Engagement erfordern, denn beides, wie auch die Musikschule Bremen, sind Einrichtungen der Soziokultur und der kulturellen Bildung in den Stadtteilen. Hier darf nicht nur nicht gekürzt, hier muss aufgestockt werden, um die Substanz zu erhalten. Dies werden wir einfordern, denn die Pseudo-Logik der nicht vermeidbaren öffentlichen Armut machen wir nicht mit. Wie schon beim Haushalt 2008/9 werden wir auch für 2010/11 wieder die entsprechenden Forderungen stellen, um die geschrumpften Fördervolumen der Jahre unter Rot-Schwarz endlich zu korrigieren. Bislang hat Rot-Grün hier die Unterfinanzierung nur gemanagt, wir müssen nun weitere Rückschritte befürchten.

Eine perfide Verbindung von öffentlicher und persönlicher Armut haben wir bei den Honoraren der VHS-Dozenten, stellvertretend für den ganzen Weiterbildungsbereich, aufgedeckt. Geschätzte eintausend Frauen und Männer leben ganz oder teilweise von Stundenhonoraten, die unterm Strich ein Einkommen kaum über ALG-II-Niveau ergeben. Die VertreterInnen der Dozenten fordern, unterstützt von ihren Gewerkschaften ver.di und GEW, eine Erhöhung auf wenigstens 30 Euro brutto pro Unterrichtsstunde. Die Linksfraktion hat diese Forderung unterstützt und mehrfach in der Kulturdeputation, im Betriebsausschuss und in der Bürgerschaft thematisiert. Nach anfänglichem Abwiegen aller anderen Fraktionen (»Die machen das doch gern«) haben Bürgermeister und Staatsrätin schließlich 100.000 Euro im nächsten Haushalt versprochen, die jedoch nur für eine minimale Erhöhung der Honorare reichen. Die KursleiterInnen überlegen nun, sich an den streikenden ErzieherInnen ein Beispiel zu nehmen.

Um die Arbeitsbedingungen ging es auch bei den MitarbeiterInnen der Kunsthalle. Elf von ihnen sollten Ende 2008 entlassen werden, nach zum Teil 20 Jahren Mitarbeit, weil die Kunsthalle baulich erweitert wird und erst 2011 wieder in ihren eigenen Räumen ausstellt. Nach einem mehrmonatigen Tauziehen wurden die ausgesprochenen Kündigungen schließlich zurückgenommen. Mit Anfragen, Appellen und Öffentlichkeitsarbeit haben wir zu dieser Lösung beigetragen. Mit welchem Gewicht, das kann – wie in all diesen Fällen – nicht wirklich geklärt werden. Wer es genauer wissen will, kann ja die jeweils Betroffenen gelegentlich nach ihrem Eindruck fragen.

- ▶ Die Linksfraktion hat sich für die Erhaltung einer breiten Kulturszene eingesetzt, Breminale und Wallfest bleiben eigenständig, der ehemalige Sendesaal von Radio Bremen und Treffpunkte wie die Burg Blumendal auch. Die freie Theater- und Kulturszene darf nicht von der notwendigen Förderung insbesondere durch die Wettmittel abgeschnitten werden zugunsten der »Leuchttürme« Goetheater und Kunsthalle, auch nicht mit Hinweis auf noch knappere Kassenlage. Bei Volkshochschule, Stadtbibliothek und Musikschule haben wir uns für eine strukturell ausreichende Finanzierung eingesetzt, die MitarbeiterInnen der Kunsthalle wurden nicht entlassen, die HonorardozentInnen der VHS bekommen wenigstens eine symbolische Honorarerhöhung. Darauf wollen wir aufbauen.

# Medienpolitik

Die Koalition will zwar die Medienkompetenz von älteren Menschen fördern, vergisst aber als Grundlage den freien Zugang aller zum Internet. Dass diese Notwendigkeit im Koalitionsvertrag nicht einmal erwähnt wird, hat direkte Konsequenzen. Deutlich wurde dies in der Bürgerschaftsdebatte um das sogenannte »Access-Blocking«, also das Sperren bestimmter Internetseiten. Unter dem mehr als dünnen Deckmäntelchen »Kampf gegen Kinderpornographie« wird das Informationsfreiheitsgesetz ganz einfach ausgehebelt. Kinderpornographie will niemand zugänglich machen. Aber mit dem Access-Blocking ist weitreichenderen Zensurmaßnahmen Tür und Tor geöffnet. Sperrverfügungen greifen in erheblichem Umfang in die Meinungsfreiheit und die Informationsfreiheit der Nutzer und Nutzerinnen ein.

- ▶ Die Fraktion DIE LINKE hat sich in der Bürgerschaft klar gegen diese Internet-Zensur ausgesprochen.
- ▶ Für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Radio Bremen und des Bürgerfunks hat sich DIE LINKE öffentlich und in den entsprechenden Gremien entschieden eingesetzt. Die Fraktion hat daher die Neufassung des Radio-Bremen-Gesetzes vom ersten Entwurf an kritisch begleitet und freut sich über den Einfluss, den sie, unterstützt durch verschiedene Interessenverbände, nehmen konnte.



Wesentlicher Verhandlungspunkt war der zunächst deutlich verkleinerte Rundfunkrat, für den im Laufe der Beratungen – auch dem Antrag der LINKEN gemäß – ein Mitglied des Bremer Jugendrings, eins des Landesmusikrates sowie eins der Journalistenverbände DJU und djv (im turnusmäßigen Wechsel) hinzugewonnen werden konnten. Andere Änderungsvorschläge, wie z. B. ein Mitglied der muslimischen Gemeinde zu entsenden, wurden bedauerlicherweise abgelehnt. Und auch im Sinne der Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt es noch bei offenen Forderungen.

Nachdrücklich setzt sich die Fraktion DIE LINKE für den Datenschutz ein. Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass die moderne Informationsgesellschaft stets neue Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle bietet, von denen in zunehmend vielschichtiger und verdeckter Form längst umfassend Gebrauch gemacht wird. Und für private Nutzerinnen und Nutzer der neuen Informationssysteme lässt sich nicht ohne Weiteres erkennen, inwieweit ihre schützenswerten Daten zwecks Profilbildung verknüpft oder gar verkauft werden. Während die Datenschatten also lang und länger werden, hinkt der Datenschutz der technologischen Entwicklung inzwischen meilenweit hinterher. Und die Datenschutzbeauftragten haben in der Regel nur beratende Funktion, so dass sie nicht beschlusskräftig auf Entscheidungen einwirken können. Hier muss sich der Gesetzgeber endlich bewegen. Eine Überprüfung und stetige Anpassung des Bremischen Datenschutzgesetzes erscheint vor diesem Hintergrund ratsam. Ebenso notwendig ist es, die Datenschutzkontrolle personell und finanziell zu stärken sowie die erschreckend niedrigen Sanktionen im Falle von Datenmissbrauch zu erhöhen. Zudem sollte die Stellung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten durch eine gesetzliche Regelung erheblich gestärkt werden.

- ▶ **Die Fraktion DIE LINKE fordert daher: »Wir brauchen ein Datenschutzgesetz, nach dem das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht nur auf dem Papier existiert.« Die Fraktion wird dieses sensible Thema auch weiterhin auf die Tagesordnung der Bürgerschaft setzen.**

# Bildung und Schulen: Bremen siebt aus

Bremens Senatorin für Bildung, Renate Jürgens-Pieper (SPD), mag es gern übersichtlich. Als niedersächsische Kultusministerin hatte sie die Schulen dazumal ordentlich in zwei Hälften aufgeteilt und das Ganze »Zwei-Säulen-Modell« getauft. In Bremen fiel ihr am Schulsystem prompt dessen Unübersichtlichkeit auf. Auch hier musste dringend sortiert werden.

Eine ihrer ersten Amtshandlungen war es, die bereits geschlossene »wilde« Schule am Körnerwall nachträglich zu skandalisieren. »Sehr elitär« sei die Idee, selbst eine bessere Schule zu organisieren, und obendrein: eine Ordnungswidrigkeit.

Dass Privatschulen keine Lösung sind, ist sicher richtig. Nur müsste dann als Konsequenz das öffentliche Schulsystem besser werden. Wie es besser wird, damit befasste sich seit 2007 der Fachausschuss Schulentwicklung. Der stellte zusammen, was ExpertInnen einhellig als Anforderungen an eine zeitgemäße Schule ansehen: Langes gemeinsames Lernen, individuelle Förderung, keine »Sonderschulen« mehr, neue Unterrichtsformen, weniger ausgegliederte »Maßnahmen« zum Ausgleich sozialer Benachteiligung – stattdessen lieber eine integrative Schule in Ganztagsform, die alle in ihren unterschiedlichen Ausgangsbedingungen angemessen fördert.



Der Senatorin fehlte jedoch noch, was sie zuvor schon beschlossen hatte, auch wenn es überhaupt nicht der Empfehlung von ExpertInnen entspricht: das Zwei-Säulen-Modell. Lästig war nur, dass sich SPD, Grüne, GEW, GesamtschülerInnenvertretung, Zentraler Elternbeirat – wie auch DIE LINKE – geschlossen für »Eine Schule für alle« ausgesprochen hatten: eine Gemeinschaftsschule, in der nicht frühzeitig ausgesiebt wird, sondern alle gemeinsam lernen und individuell gefördert werden, bis sie den bestmöglichen Abschluss erreichen. So stand es auch in der Koalitionsvereinbarung unter der Überschrift »Eine Schule für alle entwickeln«: »Unser Ziel ist eine gemeinsame Schule bis zur 10. Klasse für alle Kinder des Stadtteils«. Also nahm die Senatorin einen spitzen Stift und ergänzte: »Eine Schule für alle, die nicht ins Gymnasium gehen«. Diese »Schule für alle, die nicht ins Gymnasium gehen« nannte sie dann »Oberschule«. Fertig war das Zwei-Säulen-Modell für Bremen.



Um das Murren in den eigenen Reihen loszuwerden, setzte die Senatorin Renate Jürgens-Pieper (SPD) für die Schulpolitik eine überbreite Koalition aus SPD, Grünen und CDU ein. Die schlossen einen »Schulkonsens« und mussten versichern, zehn Jahre lang auszuharren und nichts am Schulsystem zu verändern. Damit war das Zwei-Säulen-Modell in Beton gegossen, parlamentarische Mehrheiten hin oder her. Die CDU freute sich: »Die im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte Einheitsschule ist vom Tisch.«

Ordnung hat ihren Preis. Die erfolgreiche sechsjährige Grundschule Borchshöhe, die jahrgangsübergreifend ohne feste Klassenverbände unterrichtet, wird auf vier Jahre zurechtgestutzt. Das Gymnasium Obervieland, das sich zu einer gemeinsamen Schule für alle weiterentwickeln wollte, zählt nun leider zu den acht Gymnasien, die der CDU per »Bestandsgarantie« zugesichert wurden.

Begleitet und mitgetragen wird dieser Kompromiss vom Pleitegeier. Hinter dem Satz in der Koalitionsvereinbarung, dass »alle unsere Anstrengungen (...) darauf gerichtet [sind], die immer noch vorhandene Koppelung zwischen der sozialen Herkunft der Kinder und ihren Bildungsabschlüssen abzubauen«, hat jemand offenbar mit Bleistift ergänzt: »Aber es darf nicht mehr Geld kosten.« Wurden im Jahr 2007 unzureichende 233 Mio. Euro für Personal an öffentlichen Schulen in Bremen ausgegeben, werden es 2011 – man höre und staune – wieder 233 Mio. Euro sein. Das ist die schwarz-rot-grüne Bildungsreform.

- ▶ DIE LINKE hat einen eigenen Gesetzentwurf zum Schulgesetz eingebracht, der sich am Ziel »Eine Schule für alle« orientiert. Wir lehnen den Schulkompromiss zwischen SPD, Grünen und CDU ab, der das Zwei-Klassen-System in der Bildungspolitik fortschreibt. Auch die Gymnasien müssen in den Reformprozess einbezogen werden. Wo Schulen sich erfolgreich in Richtung auf mehr Integration, individuelle Förderung und neue Lernformen bewegen, müssen sie unterstützt werden, anstatt durch den »Schulkonsens« abgeblockt zu werden. Auch Bremerhaven muss bei den Schwerpunktmitteln für Schulentwicklung berücksichtigt werden. Wir haben der Forderung nach gemeinsamem Lernen, pädagogischem Fortschritt und endlich angemessenem Ressourceneinsatz eine Stimme gegeben in Bürgerschaft und Deputation – auch wenn es um einzelne Schulen ging. Wir haben die Bausanierung eines Förderzentrums erreicht, den drohenden Ausfall des Mittagessens an einer Grundschule schon einmal verhindert, und über die Grundschule Borchshöhe ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

# Sanierungspfad, Schuldenbremse und die Bremer Unabhängigkeit

*»Für jedes noch so komplexe Problem gibt es eine klare, einfache Lösung. Und die ist falsch.« (H. L. Mencken)*

Der Bremer Senat hat gemeinsam mit Baden-Württemberg einen Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes in den Bundesrat eingebracht, demzufolge die Bundesländer ab 2020 keinerlei Schulden mehr machen dürfen – Ausnahmen sollen Konjunkturerbrüche sowie außergewöhnliche Notsituationen sein. Auch der Bund darf nur noch marginale Schulden machen. Dieses Gesetzesvorhaben soll noch im Juli 2009, kurz vor den Neuwahlen zum Bundestag, mit den Stimmen der großen Koalition durch den Bundesrat gepeitscht werden. Spätere Regierungen mit einer weniger kommoden Mehrheit wären an dieses Grundgesetz gebunden, egal ob sie es für richtig halten oder nicht.

Gegen dieses Gesetz haben sich vielfältige kritische Stimmen erhoben: Renommierete WirtschaftswissenschaftlerInnen, Einzelgewerkschaften sowie der DGB, die Grünen im Bundestag und auch DIE LINKE wenden sich vehement gegen dieses Gesetz. Selbst das SPD-Parteipräsidium hat Ende Mai beschlossen, zumindest Nachbesserungen zu befürworten. Dabei scheint es doch so eine gute Idee zu sein: Staat und Länder machen Schulden über Schulden, entsprechend hohe Zinsen fallen an – wenn man das Schuldenmachen verbietet, ist damit endlich Schluss!

Eine einfache und einleuchtende Lösung? Leider falsch; sie wird der Komplexität des dahinter stehenden Problems nicht gerecht. Richtig ist, dass staatliche Institutionen ihre alltäglichen Aufgaben nicht dauerhaft auf Pump finanzieren können. Deswegen setzt sich DIE LINKE für eine deutliche Steuererhöhung zulasten der Reichen, der Großverdiener und Erben ein. Damit steht sie allerdings allein auf weiter Flur. Die anderen Parteien wollen an den Steuern nicht rühren oder sie sogar noch senken. Damit wird die »Schuldenbremse« zu einem grundgesetzlich verankerten Totschlagargument: Ohne mehr Steuereinnahmen müssen staatliche Aufgaben und Leistungen notgedrungen gesenkt werden – sonst haut die Rechnung nicht mehr hin.

## Der Bremer »Sanierungspfad«

Für den hochverschuldeten Stadtstaat Bremen ist die »Schuldenbremse« besonders prekär. Der Bremer Senat und die Fraktionen der Bürgerschaft mit Ausnahme der LINKEN tragen diesen Gesetzentwurf mit, weil mit ihm eine »Konsolidierungshilfe« von 300 Mio. Euro pro Jahr verbunden ist. Diese soll Bremen von 2011 bis 2019 erhalten, um die jährlichen Zinsen für den Schuldenberg von über 15 Mrd. Euro tragen zu können, den Bremen insbesondere in der Regierungszeit der großen

Koalition angehäuft hat. Im Gegenzug verpflichtet sich Bremen, das Ausgabendefizit des Haushaltes (2010 nach den aktuellen Kalkulationen des Finanzressorts circa 1 Mrd. Euro) bis 2020 schrittweise auf Null zu reduzieren und danach nie wieder Schulden zu machen. Realistisch? Selbst nach Aussage der Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) ist dieser »Sanierungspfad« nur zu schaffen, wenn in den nächsten zehn Jahren die Arbeitslosigkeit abnimmt, Inflationsrate und Tarifsteigerungen gering bleiben und das Wirtschaftswachstum stabil und kräftig ist. Bereits die jetzige Wirtschaftskrise spricht dafür, dass alle rosaroten Planspiele hinsichtlich einer Bremer Sanierung über Einnahmesteigerung durch ständiges Wirtschaftswachstum Makulatur sind.

Und das bedeutet, dass Bremen zum Beschreiten des »Sanierungspfad« bis 2020 seine Ausgaben um etwa ein Viertel reduzieren muss. Wie fatal sich dies auf Jugendförderung, Kultur, Soziales, Arbeit und Wirtschaftsförderung sowie die Leistungsfähigkeit der städtischen Behörden auswirken würde, ist kaum vorstellbar. Bleibt die Frage, wie und wo gekürzt wird – mit dem alles erfassenden Rasenmäher oder wieder einmal vorzugsweise bei den Schwächsten? Zudem muss berücksichtigt wer-



den, dass die Länderfinanzausgleichsmittel, die ein wichtiges Standbein des Bremer Haushaltes sind, allein von der Bevölkerungszahl abhängen. Es wäre nicht verwunderlich, wenn ein extremer Sparkurs in den nächsten Jahren eine merkliche Anzahl gerade von mobilen, jungen und wirtschaftlich erfolgreichen BremerInnen (und Unternehmen) vertreibt. Wer lebt und arbeitet schon gerne in einer Stadt im Notstrombetrieb?

## Gefahren der Schuldenbremse für die Eigenständigkeit Bremens

Insgesamt können selbst äußerste Kürzungen nicht sicherstellen, dass Bremens Haushalt bis 2020 auf eine stabile schwarze Null kommt. Sollte jedoch der stufenweise Abbau der Neuverschuldung in den nächsten Jahren misslingen, fallen auch die jährlichen »Zinsbeihilfen« von 300 Mio. Euro weg. Nach heutigem Stand ist es somit eine durchaus realistische Prognose, dass Bremen im Haushalt 2020 nach wie vor eine massive Deckungslücke hat, aber durch die Vereinbarungen unseres jetzigen rot-grünen Senats keine Schulden mehr machen darf. Dass ein insolventes Bremen in höchster Gefahr ist, seine Eigenständigkeit zu verlieren, liegt auf der Hand.

- ▶ Aus diesen Gründen hat DIE LINKE den Antrag gestellt, dass der Bremer Senat den Vereinbarungen der Föderalismuskommission II und damit der »Schuldenbremse« im Bundesrat nicht zustimmen solle. Der Entwurf wurde jedoch in Einzelabstimmung von allen Abgeordneten, mit Ausnahme der Parlamentarier der LINKEN, abgelehnt. Die Linksfraktion fordert statt der Schuldenbremse eine Neuordnung der Bund-Länder-Finzen. Nicht nur Bremen, auch andere Länder werden in nächster Zeit finanziell auf Grundeis laufen, wenn der Bund nicht für eine auskömmliche Finanzierung sorgt. Und die ist nicht durch Steuergeschenke, sondern nur durch eine gerechte Besteuerung der Vermögenden Deutschlands zu erreichen!

## Verfassungsrechtliche Bedenken

Schließlich ist die geplante Änderung des Grundgesetzes auch verfassungsrechtlich umstritten. Das Gesetz würde den Ländern Änderungen ihrer Finanzverfassung vorschreiben, die nach Ansicht vieler VerfassungsexpertInnen in ihr verbrieftes Recht als eigenständige Länder eingreifen. Darüber hinaus ist fraglich, ob der Bremer Senat berechtigt ist, ein Gesetz in den Bundesrat einzubringen, welches eine Änderung der Landesverfassung erzwingt, ohne dass diese im Parlament ausführlich debattiert und mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen worden ist.

- ▶ Die LINKE hat Ende Juni eine entsprechende Feststellungsklage vor dem Staatsgerichtshof eingereicht.

# Unter Krisendruck: Bremens Häfen und Bremerhaven

Bremerhaven fühlt sich als im Zwei-Städte-Staat oft zurück-gesetzt. Die Stadt am Meer trägt zwar die ökologischen und infrastrukturellen Lasten der Häfen, hat in den meisten Häfen aber nicht das Sagen. Hier regiert das Land oder die Stadt Bremen. Diese zieht auch den überwiegenden Nutzen aus der Hafenvirtschaft.

Die sozialen Kosten des Strukturwandels von der Werften-zur Logistikindustrie verbleiben dagegen vorwiegend in Bremerhaven, in Gestalt von besonders hoher Arbeitslosigkeit, besonders ausgeprägter Armut, extrem hoher Kinderarmut.



In Bremerhaven regiert seit 1995 eine Große Koalition. Trotzig verteidigt die Koalition aus SPD und CDU in Bremerhaven ihre Vorzeigeprojekte wie Klimahaus, Eishalle und Cherbourger Straße – koste es was es wolle.

Die teilweise atemberaubenden Kostensteigerungen dieser Projekte werden jedoch zunehmend zu einem Problem. Jetzt rächen sich die teilweise sehr fragilen Finanzierungskonzepte. DIE LINKE ist sehr gespannt, was Wirtschaftsprüfer und Bundesrechnungshof zu Tage fördern werden. Der von unserer Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft angestrebte parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Bremerhavener Finanzgebaren wird hoffentlich manches ans Tageslicht fördern, was heute noch schamhaft verborgen ist. Auch die Menschen in Bremerhaven können davon nur profitieren.

## Hafenanbindung in Bremerhaven: Vorfahrt für Vernunft – Nordumgehung statt Tunnellösung (Cherbourger Straße)

Ein jahrelanger und keinesfalls endgültig beigelegter Konflikt dreht sich um die Frage, wie die (Container-) Terminals im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhavens vom gewerblichen Straßengüterverkehr so erreicht werden können, dass die Anwohner der innerstädtischen Hauptverkehrsachse Cherbourger



Straße in Zukunft weniger Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastungen ausgesetzt sind. Zahlreiche Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände, Interessengruppen, ja selbst Teile der Hafenwirtschaft und auch DIE LINKE streiten seit Jahren für die vergleichsweise kostengünstige und umweltverträgliche »Nordumgehung«, welche die Terminals über die niedersächsische Nachbargemeinde Langen an die BAB 27 anbinden würde. Alle planungsrechtlichen Indikatoren sprechen für diese Lösung. Dies hielt den Bremerhavener Magistrat aus SPD und CDU jedoch nicht davon ab, sich für die Tunnelvariante entlang der Cherbourger Straße zu entscheiden.

- Für DIE LINKE ist diese Variante, die weder anwohner- noch umweltfreundlich, noch finanziell gedeckt ist, ein Akt gegen jede Vernunft. Gemeinsam mit anderen Befürwortern der Nordumgehung wird sie weiterhin couragiert dafür kämpfen, dass sich die ökonomisch wie ökologisch bessere Lösung doch noch durchsetzt. Vielleicht hilft ja der Besuch des Bundesrechnungshofs. Dieser hat gleich zwei Rechnungsprüfer nach Bremen und Bremerhaven entsandt, um das Tunnel-Projekt unter die Lupe zu nehmen, bei dem der Bund immerhin 120 Millionen Euro zuschießen soll.

## Förderung der Seeschifffahrt und des Reedereistandortes Bremen

Die Hafengruppe Bremen/Bremerhaven hat sich im Laufe der Jahrhunderte unter Branchenkennern weltweit profiliert und eine vitale Wettbewerbsfähigkeit erworben. Um dieses internationale Standing für die Zukunft zu sichern, müssen nach Auffassung der LINKEN jedoch unbedingt die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auf See oberstes Ziel aller Bemühungen sein. DIE LINKE in der Bremischen Bürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven hat die Reeder immer wieder eindringlich an ihre Verantwortung gegenüber Seeleuten, Hafenarbeitern und nautischem Personal erinnert: Die Arbeitsplätze müssen auf hoch qualifiziertem Niveau gehalten und verbessert werden. Fatal ist, wenn die Reeder und andere Hafenarbeitgeber die ihnen von der Bundesregierung eingeräumten Vergünstigungen – wie z. B. Tonnagesteuer, Ausbildungsförderung, Schiffbauförderung, Zweitregistereintrag – einerseits zwar gerne in Anspruch nehmen, andererseits aber nicht daran denken, die exzessiv betriebene Praxis der Ausflagung oder des Zweitregistereintrags (Wechsel bzw. zusätzliche Aufnahme in das Schiffsregister eines anderen Staates, um Kosten zu sparen) gemäß EU-Richtlinie zurückzuführen. DIE LINKE wird sich dieses Themas in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode verstärkt annehmen.

## Insolvenz der Schichau-Seebeck-Werft (SSW)

Als Folge der Insolvenz der traditionsreichen SSW-Werft ist die vormalige Eigentümerstruktur umstrukturiert worden. Eigentümer ist jetzt ein Joint Venture aus vier neuen Gesellschaftern mit neuen, sich ergänzenden Produktionsspektren von der Schiffsreparatur bis hin zu Offshore-Windenergie und Meerestechnik. DIE LINKE unterstützt diese grundlegende Neuausrichtung insoweit, als eine firmenübergreifende Kooperation durchaus Vorteile haben kann. Grundsätzlich jedoch bleibt der drastische Arbeitsplatzabbau am alten Standort der ehemaligen SSW-Werft ebenso zu beklagen wie die noch keinesfalls gesicherte wirtschaftliche Zukunft des neuen Konstruks. Dieses wird sich in der Realität und auf dem Markt zu bewähren haben.

- ▶ Aus Sicht der LINKEN muss daher die krisenfeste Absicherung der noch verbliebenen Vollzeit Arbeitsplätze ebenso Vorrang haben wie die Schaffung von hochwertigen und perspektivischen Ausbildungsplätzen. Zudem wird DIE LINKE sehr genau darauf achten, dass der oft zu beobachtende Trend zur Lohndrückerei durch den Einsatz von Leiharbeitern nicht auch hier um sich greift.

## Offshore-Technologie

Auf dem Gebiet der Offshore-Windenergie-technologie entwickelt sich Bremerhaven, neben Cuxhaven und Emden, zum führenden Standort an der deutschen Nordseeküste. DIE LINKE hat das Potential dieser vergleichsweise jungen Branche von Anfang an erkannt und politisch nach Kräften gefördert. Sie sieht es als Chance, einen Großteil der »im



Hafen« gefährdeten Arbeitsplätze durch Umschulung, Weiterbildung und Qualifizierung für diesen Wirtschaftszweig aufzunehmen und somit zu sichern. Aber auch hier gilt: Soviel gut bezahlte Arbeitsplätze wie möglich, insbesondere auch für jüngere ArbeitnehmerInnen, und kein Lohndumping durch Leiharbeit.

## Gesamthafenbetriebsverein (GHB e. V.)

Als Personaldienstleister für die ansässigen Hafeneinzelbetriebe (HEB) erfüllt der GHB u. a. in Bremerhaven, Hamburg, Rostock und Lübeck eine außerordentlich wichtige Funktion Vereinfacht gesagt fungiert er als arbeits- und beschäftigungs- politische Flexibilitätsreserve, das heißt er gleicht die betriebs- und umschlags- bedingten Personalschwankungen auf den vielen Terminals durch seine flexibel und kurzfristig einsetzbaren MitarbeiterInnen seit Jahrzehnten verlässlich aus. Die HEBs entrichten, je nach Anforderung bzw. Abrufquote, ihren leistungsadäquaten Obolus an die sogenannte »Garantielohnkasse« des GHB, der daraus seine MitarbeiterInnen auch in Zeiten des Auftrags- und Arbeitsmangels entlohnt (Garantielohnsystem).

Dieses bewährte Zusammenspiel zwischen GHB und HEB ist durch die gravierende Wirtschaftskrise erschüttert und infrage gestellt. Ungeachtet aller nur flüchtig wirkenden Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen seitens der HEB wurden 850 befristete Arbeitsverträge vom GHB nicht verlängert, zudem müssen bis zu 200 festangestellte MitarbeiterInnen entlassen werden. Den verbleibenden MitarbeiterInnen wurden zudem im Rahmen der vor Kurzem beendeten Sanierungs- und Konsolidierungsgespräche zwischen den Tarifparteien einschneidende Lohn- und Gehaltseinbußen abgepresst, und zwar mittels unverhüllten Drucks durch die industriellen Großkunden auf die landeseigene BLG. Selbst dieser beschäftigungs- und lohnpolitische Kahlschlag wird den GHB nach eigenem Bekunden nicht vor dem Aus retten, wenn nicht spätestens bis Ende 2009/Anfang 2010 die Konjunktur wieder anzieht. Die Aussichten hierfür sind allerdings alles andere als gut.

- ▶ **DIE LINKE hat sich vehement für die Interessen der betroffenen MitarbeiterInnen des GHB eingesetzt. Sowohl im Hafenausschuss als auch in der Bürgerschaft forderten wir zusätzliche Mittel aus dem Konjunkturpaket II, um durch arbeitsmarktpolitische Gegenmaßnahmen den Absturz hoch qualifizierter MitarbeiterInnen in die Arbeitslosigkeit zu verhindern.**

## Hafen/Umschlagskrise

Ende Juni 2009 wird Europas größte Terminalbetreiberin, die BLG-Tochter EURO-GATE, einen Großteil ihrer Beschäftigten der Hafengruppe Bremen/Bremerhaven in die Kurzarbeit schicken. Die seit dem Spätherbst des Vorjahres einsetzenden Umschlagsrückgänge in allen Unternehmensbereichen setzen sich aktuell unvermindert fort. Ein Ende der konjunkturellen Talfahrt ist nicht zu prognostizieren. Die Hafenwirtschaft bildet nach wie vor das wirtschaftliche Fundament unseres Bundeslandes. Ein richtungsweisender Strukturwandel wäre längst überfällig, kann jedoch nicht übers Knie gebrochen werden. Bremen muss nun Sorge dafür tragen, sich von den bisweilen erratischen Ausschlägen des globalen Warenhandels und Güterverkehrs ein Stück weit unabhängiger zu machen. Ansatzpunkte hierfür bieten u. a. die

erneuerbaren Energien (In- und Offshore-Technologie), die Klima- und Umweltforschung, Hoch- und Tiefseeforschung, das Küstenzonen-Management, die Nahrungsmittelindustrie, der Dienstleistungssektor.

## »Havenwelten« – Krise eines Vorzeigeprojekts

»Nach oben – das ist unsere Richtung«, heißt es auf der offiziellen Website des ambitionierten Großprojekts »Havenwelten«. Nach oben gehen derzeit vor allem die Kosten. Die Erschließung des 400.000 qm großen Geländes einschließlich des Baus des Klimahauses und verschiedener anderer Investitionsprojekte war zunächst mit einem Volumen von rund 290 Mio. Euro angesetzt worden. Mittlerweile ist bekannt geworden,



dass die Kosten 50–60 Mio. Euro höher liegen werden. Die Havenwelten sollen die touristische Attraktivität der städtischen Infrastruktur nachhaltig steigern. Ursache der Kostensteigerung sind Pleiten, Pech, Pannen und vor allem auch städtisches Unvermögen in Sachen Bauplanung, Controlling und Monitoring. Wer am Ende für die Mehrkosten aufkommen soll, ist unklar.

Die neue Eskapade reiht sich ein in eine lange Abfolge von Aufregtheiten, Zwi- stigkeiten und handfesten Streitigkeiten zwischen dem Land Bremen und der Kommune Bremerhaven. Grund hierfür ist ein gravierender Geburtsfehler im lan- desstaatlichen Gefüge. Das Land Bremen hat eine nur sehr eingeschränkte Kom- munalaufsicht über die kleinere Schwesterstadt an der Nordsee. Und diese weiß dieses zweifelhafte Privileg nach Kräften zu nutzen.

Was genau beim Bau der Havenwelten schief gelaufen ist, soll nun ein Sonderermitt- ler herausfinden. Es steht allerdings zu befürchten, dass diese Ermittlungen nicht viel Erhellendes zutage fördern werden. Dieses Schwert ist schlicht zu stumpf.

- ▶ **DIE LINKE** hat daher die Einsetzung eines parlamentarischen Unters- suchungsausschusses gefordert, der das Desaster lückenlos aufklären und die Verantwortlichkeiten benennen soll. Wenn die anderen Oppositions- parteien sich anschließen, kann der Untersuchungsausschuss nach der Sommerpause konstituiert werden und seine Arbeit aufnehmen.







## Ausblick

Bremen braucht eine entschlossene Politik der Armutsbekämpfung, der sozialen Integration, der Chancengleichheit in der Bildung, des sozialen Investierens. Das erfordert einen offensiven Widerstand gegen die neoliberale Politik auf Bundesebene, die mit ihren Steuersenkungen und ihrem Abbau von Arbeitsmarktpolitik Bremen und Bremerhaven am härtesten trifft.

Ohne entsprechende gesellschaftliche Mehrheiten, ohne viel außerparlamentarischen Druck, ohne nach links verschobene parlamentarische Kräfteverhältnisse, sind Veränderungen nicht zu machen. Das haben zwei Jahre LINKE im Bremer Parlament gezeigt. Aufklären, mobilisieren, an vielen konkreten Punkten Druck machen: All das wird DIE LINKE weiterhin in der Bürgerschaft und in beiden Städten machen. Gegen Sozialabbau, gegen Personalabbau, gegen Privatisierung. Für soziale Gerechtigkeit, für ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und für eine sozialverträgliche Stadtentwicklung in Bremen und Bremerhaven. Dafür setzen wir uns ein.

Notizen .....

Über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE informiert laufend der Fraktionsnewsletter. Er ist online abrufbar unter:

[www.linksfraktion-bremen.de/themen/linke\\_standpunkte/fraktionsnewsletter](http://www.linksfraktion-bremen.de/themen/linke_standpunkte/fraktionsnewsletter) und kann auch kostenfrei abonniert werden. Auf Wunsch nehmen wir Sie auch gerne in den Informationsverteiler auf.

Bilder: Michael Horn, bis auf die folgenden Ausnahmen:

Panoramen: Sönke Hundt

Demonstration (Titelseite:): Sönke Hundt

Tabletten: © Sigrid Roßmann/Pixelio

Krokodil: © Nevit Dilmen/Wikipedia Commons

Havenwelten (Titelseite): © Garitzko/Wikipedia Commons

Offshore-Windpark: © Carina Hansen – Fotolia.com

Gleichstellungswaage: © bilderbox – Fotolia.com

Sozialticket: Dr. Rudolf Kossolapow

Nerds strike: Gregory Sholette

# Hier ist DIE LINKE:

## **Fraktionsgeschäftsstelle Bremen**

Tiefer 8, 28195 Bremen  
Telefon: 0421 205297-0  
Telefax: 0421 205297-10  
mail@linksfraktion-bremen.de  
www.linksfraktion-bremen.de

## **Fraktionsbüro Bremerhaven**

Borriesstraße 19,  
27570 Bremerhaven  
Telefon: 0471 958615-00  
Telefax: 0471 958615-15  
bremerhaven@linksfraktion-bremen.de

## **Abgeordnetenbüro Nord**

Alte Hafensstraße 39,  
28757 Bremen  
Telefon: 0421 6392513  
red-lounge@linksfraktion-bremen.de

## **Abgeordnetenbüro West**

Gröpelinger Heerstr. 120,  
28237 Bremen  
Telefon: 0421 2787349  
linkstreff-west@linksfraktion-bremen.de

## **Abgeordnetenbüro Links der Weser**

Buntentorsteinweg 109,  
28201 Bremen  
Telefon 0421 8492655  
linkstreff-ldw@linksfraktion-bremen.de

Diese Veröffentlichung dient  
ausschließlich der Information.  
Sie darf nicht zu Parteienwerbung und  
Wahlkampfpzwecken verwendet werden.

# **DIE LINKE.**

Fraktion in der  
Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen  
Telefon: 0421 205297-0  
Telefax: 0421 205297-10  
mail@linksfraktion-bremen.de  
www.linksfraktion-bremen.de  
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt